



HANDELSBLATT, Dienstag, 23. Oktober 2007

Weltenergie rat zweifelt an CO₂-Speicherung

Von Andreas Rinke

Nur mit einem ganzen Bündel politischer Maßnahmen kann die Weltgemeinschaft bis 2050 den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) auf den Stand von 2005 begrenzen. Zu diesem Schluss kommt der Weltenergie rat in seiner neuesten Studie über den Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Klimawandel.

BERLIN. Dreh- und Angelpunkt sei der Einsatz modernster Technologie. Der Weltenergie rat ist die Denkfabrik der internationalen Energiewirtschaft.

Ausdrücklich widerspricht die Studie dabei dem Standpunkt, die Erzeugung von Energie selbst sei das eigentliche Problem. „Entscheidend ist der mangelhafte Einsatz der Technologie mit oft sehr geringen Wirkungsgraden“, sagte Kurt Yeager, der amerikanische Leiter der Studie, in Berlin. Er rät im Gegenteil zu einer „Elektrifizierung“ sowohl der Entwicklungsländer als auch des Transportwesens in Industrieländern. „Wenn die Energiearmut in einigen Teilen der Welt beseitigt wird, können sich die Investitionen in zehn bis 20 Jahren durch neue Aufträge auszahlen.“

Vorgeschlagen wird ein Drei-Stufen-Plan. Danach sollen sich die Regierungen bis 2015 auf klare Reduktionsziele beim CO₂-Ausstoß verpflichten. Ausdrücklich fordert der Rat dabei die von der US-Regierung abgelehnten nationalen Verpflichtungen. Das Jahr 2015 klingt aber wenig ambitioniert, weil das Kyoto-Nachfolgeabkommen zum Klimaschutz bereits 2012 in Kraft treten soll. Eine Einigung darüber strebt etwa die Bundesregierung schon 2009 an.

In einer zweiten Phase könnte nach Meinung des Weltenergie rates der Ausstoß von CO₂ bis 2030 schrittweise stabilisiert werden. Und in einer dritten Phase soll dann bis 2050 der jährliche CO₂-Ausstoß trotz weltweitem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum auf den Stand von 2005 zurückgehen.

Um die Umsetzung der Beschlüsse zu überwachen und Staaten bei Verstößen notfalls zu bestrafen, schlagen die Forscher vor, diese Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) zu übertragen. „Dies ist eine Institution, die auch Sanktionen verhängen kann“, sagte Yeager zur Begründung.

Die von einzelnen Regierungen verfolgte punktuelle Klimaschutzpolitik halten die Forscher für verfehlt. Die Ziele könnten nur erreicht werden, wenn neben dem Einsatz erneuerbarer Energien ein weltweites Handelssystem mit einem Preis für eine Tonne Kohlendioxid eingeführt wird und für alle Energieformen die Erforschung und der Einsatz modernster Technologie forciert wird. „Nur ein hoher CO₂-Preis macht dabei bestimmte Investitionen wie die Kohle-Vergasung rentabel“, sagte Yeager.

Klare staatliche Vorgaben und Rahmenbedingungen sieht die Studie dabei nicht als Gefahr, sondern fordert sie sogar ein. So verzögerten etwa die US-Energiekonzerne riesige Modernisierungsausgaben für ihre Kraftwerke, weil Unklarheit herrsche, wie rigide eine neue Umweltgesetzgebung ausfallen werde.

Ausdrücklich fordert der Weltenergie rat, die Atomkraft als CO₂-freie Energie auszubauen. Zwar gebe es Probleme etwa mit der Lagerung des radioaktivem Materials. Aber ohne eine stärkere weltweite Nutzung der Atomenergie drohe die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle noch stärker zuzunehmen. „Allein China baut jährlich neue Kohle-Kraftwerke mit einer Gesamtleistung, die so groß ist wie die Großbritanniens“, sagte Yeager. Diese Kraftwerke würden meist mit

veralteteter Technologie gebaut, so dass im Interesse des Klimaschutzes ein rascher Technologietransfer nötig sei.

Überwiegend skeptisch beurteilt der Weltenergierrat die von etlichen Politikern bereits als Allheilmittel ausgerufene CO₂-Speicherung etwa in unterirdischen Lagerstätten. „Wir sind mindestens 20 Jahren von einer Anwendungsdiskussion entfernt“, mahnte Yeager. Zudem sei eine gigantische neue Infrastruktur für die Einlagerung von Kohlendioxid nötig. Für eine flächendeckende Entsorgung etwa in den USA wäre ein Pipelinesystem nötig, das jenes für Öl und Gas noch übertreffe. Zudem gebe es rechtliche Unsicherheiten, wer eigentlich für später austretendes CO₂ hafte.